

Bundestag beschließt Freigabe von Cannabis auf Rezept

dpa / lp / sk

Veröffentlicht: 19/01/2017



Bundestag beschließt Freigabe von Cannabis auf Rezept | sand86 via Getty Images

In Deutschland ist Cannabis als Medizin künftig erlaubt. Das hat der Bundestag einstimmig beschlossen

Der Bundestag hat am Donnerstagmittag einstimmig [die Freigabe von Cannabis als Medizin](#) auf Rezept beschlossen. Nach dem "Gesetz zur Änderung betäubungsmittelrechtlicher und anderer Vorschriften" können Ärzte schwerkranken Patienten künftig Cannabis verschreiben, wenn diese etwa unter chronischen Schmerzen und Übelkeit infolge von Krebstherapien leiden. Die Krankenkassen müssen die Therapie dann bezahlen.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk, sagte dazu: "Eine Vielzahl von Patienten leidet unter schwerwiegenden Erkrankungen, für die es bislang keine wirksame Schmerztherapie gibt. Wir wollen, dass die Schmerzen dieser Menschen gelindert werden können."

Ärzte könnten diese Produkte künftig im begründeten Einzelfall und unabhängig vom Vorhandensein anderer Therapiemöglichkeiten verordnen.

So soll das System funktionieren

In diesem Zusammenhang sei auch wichtig, dass Krankenkassen die Kostenübernahme nur in begründeten Ausnahmefällen ablehnen dürften. Im besonders sensiblen Bereich der Palliativ- und Hospizversorgung müssten die Kassen sogar innerhalb von drei Tagen über eine Genehmigung entscheiden.

Für das Management wird das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) [die sogenannte Cannabis-Agentur](#) einrichten. "Die Agentur schreibt den geschätzten Bedarf an Medizinalhanf aus. Sie schließt die Verträge mit den Produzenten ab, die den Hanf nur unter streng kontrollierten Rahmenbedingungen anbauen dürfen, damit eine gleichbleibende Qualität garantiert wird. Die komplette Ernte wird schließlich von der Agentur aufgekauft", sagte Michalk.

Die Bundesapothekerkammer begrüßt das Ergebnis. "In ärztlicher Hand ist Cannabis eine weitere Therapieoption. Wir freuen uns, dass unsere langjährige Forderung aufgegriffen wurde und medizinisch notwendiges Cannabis wie andere Arzneimittel behandelt wird", sagte ihr Präsident Andreas Kiefer.

(cho)